

Landeselternrat der Gesamtschulen in NW e.V.



Pressemitteilung am 20.08.2009

Landeselternrat der Gesamtschulen in NRW

Ganztagsoffensive der Landesregierung findet keine Abnehmer

Aber: Schulministerin verwehrt Gesamtschulen die Genehmigung

Mit großem Stolz verkündet Ministerin Sommer in ihrer traditionellen Rede zum Schuljahresbeginn den großen Erfolg der Ganztagsoffensive in NRW. Sie spricht sogar von Wahlfreiheit für Eltern, ob ihr Kind bis Mittag oder im Ganztag betreut wird. Die Ministerin sagt dies, obwohl ihr bekannt ist, dass seit vielen Jahren an den Gesamtschulen als Ganztagsschulen konstant über 17.000 Kinder aus Platzmangel abgelehnt werden. Diese Ablehnungen allein würden über 70 neue Gesamtschulen in NRW füllen. „Natürlich sollte der Ganztag nicht das Privileg einer einzigen Schulform sein. Da sind wir uns mit der Ministerin einig. Aber warum sie Gesamtschulgründungen erschwert und neu gegründeten Gesamtschulen den Ganztag verweigert, obwohl die noch zur Verfügung stehenden Gelder gar nicht abgerufen werden, das können wir nicht nachvollziehen,“ so Anette Plümpe, Vorsitzende des Landeselternrates der Gesamtschulen in NRW (LER).

Der LER interpretiert die vom Schulministerium vorgelegten Zahlen zur Entwicklung der Ganztagsschulen etwas anders. „Wenn es ein großer Erfolg ist, dass gerade einmal 12% der Gymnasien und Realschulen sich für den Ganztag entschieden haben, musste die Ministerin ja befürchten, dass weit unter 10% der Schulen den Ganztag wollten,“ so Plümpe.

Während die Ministerin darauf hofft, dass sie das noch zur Verfügung stehende Budget sechs weiteren Schulen zur Verfügung stellen kann, verschweigt sie, dass ihr seit Monaten zwei Anträge vorliegen: die Anträge der neu gegründeten Gesamtschulen in Bonn und Hemer. „Aber Gesamtschulen sind nicht gewollt und Elternwille in Bezug auf Gesamtschulen wird von der schwarz-gelben Landesregierung ignoriert.“ Dass diese Ignoranz bei weitem nicht von allen CDU-regierten Kommunen und Kreisen geteilt wird, zeigen die zahlreichen Gesamtschulinitiativen im Land. Plümpe: „Verstehen muss der Bürger das nicht. Akzeptieren muss er es aber auch nicht. Wir haben jetzt die Kommunalwahlen und im nächsten Jahr sind Landtagswahlen.“